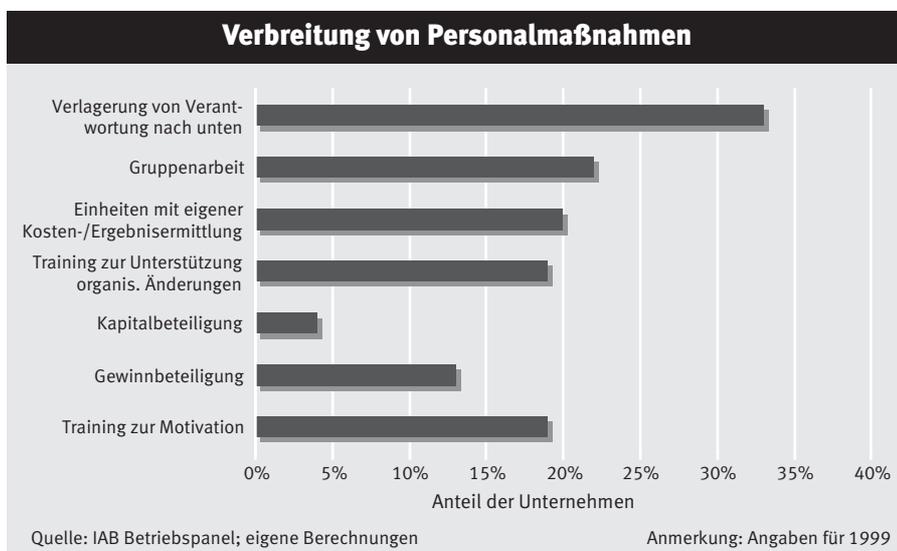


## Partizipation erhöht Produktivität

Durch organisatorische Änderungen, die die Partizipation der Beschäftigten erhöhen, können Betriebe ihre Produktivität steigern. Kapital- und Gewinnbeteiligungen sowie Weiterbildung zur Motivation der Mitarbeiter wirken sich hingegen nicht positiv auf die Produktivität des Unternehmens aus. Diese Ergebnisse gehen aus einer neuen Untersuchung des ZEW auf Basis des IAB Betriebspanels hervor.



■ In den vergangenen Jahren weckten verschiedene Untersuchungen aus den USA hohe Erwartungen an das Erfolgspotenzial innovativer Maßnahmen des Personalmanagements im Betrieb. Ergebnis dieser Studien war, dass bestimmte Maßnahmen die Produktivität eines Unternehmens erhöhen können. So motivieren beispielsweise verstärkte Partizipationsmöglichkeiten die Beschäftigten und erhöhen die Effizienz der Entscheidungs- und Produktionsprozesse und somit die Produktivität des Unternehmens. Als besonders geeignete organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Partizipation gelten die Verringerung von Hierarchien und die Übertragung von Verantwortung auf untere Hierarchieebenen, die Einführung

von Teamarbeit sowie die Schaffung von eigenverantwortlichen Arbeitsgruppen.

Wenn ein Unternehmen allerdings auf flexible und eigenverantwortliche Mitarbeiter setzt und ihnen angemessene Partizipationsmöglichkeiten bietet, ist eine direkte Leistungskontrolle oft schwierig. Deshalb bietet sich hier eine erfolgsabhängige Entlohnung zur Motivation der Mitarbeiter an. Hierbei werden die Mitarbeiter zum Beispiel am Betriebskapital oder -erfolg beteiligt.

Zudem ist Weiterbildung eine wichtige Komponente zur Unterstützung organisatorischer Maßnahmen und monetärer Anreizsysteme. Zum einen kann Weiterbildung dazu dienen, die Mitarbeiter in ihrer neuen, stärker an den Unternehmensentscheidungen beteiligten Rolle

zu unterstützen. Zum anderen kann sie die Motivation der Mitarbeiter steigern.

Für Deutschland gab es bisher kaum empirische Ergebnisse zur Produktivitätswirkung dieser Maßnahmen des Personalmanagements und deren Wechselwirkungen. Das ZEW hat deshalb das Auftreten und die Auswirkungen der genannten Personalmaßnahmen auf Basis der repräsentativen Daten des IAB Betriebspanels untersucht. Die Analyse zeigt, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Partizipation sowie unterstützende Weiterbildungsangebote die Firmenproduktivität in der Tat signifikant erhöhen. Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass insbesondere Firmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken und deren Produktivität vergleichsweise gering ist, bevorzugt auf diese Maßnahmen zurückgreifen.

Gewinn- oder Kapitalbeteiligungen sowie Weiterbildung zu Anreizzwecken erweisen sich hingegen nicht als produk-

### In dieser Ausgabe

Partizipation erhöht Produktivität	1
Steuerautonomie der Bundesländer	3
Mehr Dynamik in der FuT-Förderung	4
Kapitalgedeckte Altersvorsorge im internationalen Vergleich	5
ZEW-Konferenz	6
ZEW-Neuerscheinungen; ZEW-Termine	2
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

## ZEW-Forschungsergebnisse

tivitätsfördernd. Hierbei muss man berücksichtigen, dass insbesondere Firmen, die einen deutlichen Produktivitätsvorsprung haben, Gebrauch von diesen Maßnahmen machen. Die ZEW-Studie verdeutlicht zudem, dass es kaum Synergieeffekte zwischen organisatorischen Maßnahmen und Anreizsystemen gibt.

Der Anteil der Firmen mit innovativen Personalmaßnahmen in Deutschland ist gering (siehe Grafik). Aufgrund der fehlenden Produktivitätswirkung erscheint es nicht verwunderlich, dass finanzielle Anreize sich im Gegensatz zu den partizipatorischen Organisationsänderungen in Deutschland bisher kaum durchgesetzt

haben. Während viele Unternehmen gleich mehrere der besprochenen Personalmaßnahmen eingeführt haben, fand eine vollständige Umsetzung aller Maßnahmen nur bei einem verschwindend geringen Teil der Unternehmen statt. ◀

Elke Wolf, wolf@zew.de;  
Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Fier, Andreas; Czarnitzki, Dirk: *Substitutive or Complementary? Innovation Subsidies in the German Service Sector*, No. 02-04.

Bertschek, Irene; Fryges, Helmut: *The Adoption of Business-To-Business E-Commerce: Empirical Evidence for German Companies*, No. 02-05.

Lauer, Charlotte: *A Model of Educational Attainment. Application to the German Case*, No. 02-06.

Lauer, Charlotte: *Family Background, Cohort and Education. A French-German Comparison*, No. 02-12.

Fitzenberger, Bernd; Hujer, Reinhard: *Stand und Perspektiven der Evaluation*

*der Aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland*, No. 02-13.

■ Schröder, Michael (Hrsg.): *Finanzmarkt-Ökonometrie: Basistechniken, fortgeschrittene Verfahren, Prognosemodelle*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, ISBN 3-7910-1836-1.

Gerd Gutekunst und Robert Schwager

### Steuerbelastung von Unternehmen im Alpenraum

Für die Attraktivität einer Region als Investitionsstandort spielt die Steuerbelastung eine wichtige Rolle. In dieser Studie werden deshalb standortspezifische Steuerbelastungen von Unternehmen für ausgewählte Regionen Süddeutschlands, Ostfrankreichs und der Schweiz quantifiziert und vergleichend analysiert. Daneben werden die für diese Regionen ermittelten Belastungswerte mit den Steuerbelastungen der Niederlande, Großbritanniens und der USA verglichen. Die Ergebnisse zeigen im erweiterten Alpenraum Regionen mit sehr hohen und sehr niedrigen effektiven Grenzsteuersätzen. Typischerweise sind die Belastungen in den untersuchten Schweizer Kantonen geringer als in allen anderen Regionen. Deutschland schließt zwar mit der Steuerreform zu den USA auf, nach wie vor werden Investitionen in den Niederlanden und in Großbritannien aber geringer besteuert.

Band 59, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2002, ISBN 3-7890-7666-X

## ZEW-Termine

### ■ ZEW-Konferenz: The Economics of Information and Communication Technologies

Termin: 24.-25. Juni 2002 am ZEW Mannheim

Ziel der Konferenz ist es, neuere wissenschaftliche Beiträge zu diskutieren, die Erklärungsansätze für die Ökonomie und die Diffusion von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie die Ökonomie von IKT-Industrien bieten. Theoretische, empirische, experimentelle und politikorientierte Beiträge sind willkommen. Frist zur Einreichung von Papieren: 15. März 2002.

Information: [www.zew.de/ICT-Conference/index.htm](http://www.zew.de/ICT-Conference/index.htm) oder bei Dr. Irene Bertschek, Tel 0621/1235-350, E-Mail [bertschek@zew.de](mailto:bertschek@zew.de)

### ■ Expertenseminare

*Unternehmensbesteuerung in Europa*, 13. März 2002, ZEW-Gebäude

*Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt*, 14. März 2002, ZEW-Gebäude

*Der richtige Umgang mit Marktdaten*, 19. März 2002, ZEW-Gebäude

*Messung und Management von Kreditrisiken*, 9. April 2002, ZEW-Gebäude

*Teilzeitarbeit und Befristung in der betrieblichen Praxis*, 18. April 2002, ZEW-Gebäude

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Steuerautonomie der Bundesländer

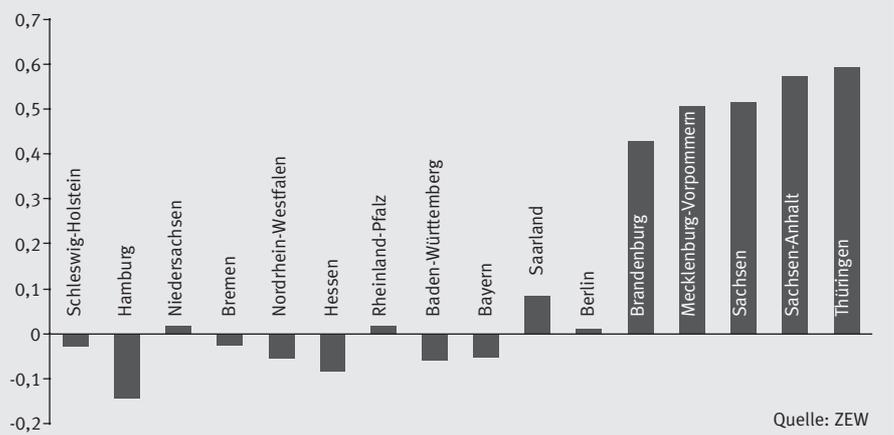
Ohne Reform des Länderfinanzausgleichs führt eine Einführung von Länderzuschlägen bei der Einkommensteuer zu unerwünschten Fehlanreizen für die Steuerpolitik. Wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, könnte in Folge dessen die Steuerbelastung steigen.

Die mühselige Einigung über den Solidarpakt II hat gezeigt, dass eine Reform des deutschen Föderalismus notwendig ist. Häufig wird gefordert, den Ländern in der Steuergesetzgebung mehr Autonomie einzuräumen. Davon erwartet man sich, dass die Landespolitik stärker auf regional unterschiedliche Wünsche der Bevölkerung eingehen kann, dass die Eigenverantwortung der Landesregierungen gegenüber den Bürgern gestärkt und die Haushaltsdisziplin verbessert wird. Die mit einem vom jeweiligen Land bestimmten Zuschlag auf die Einkommensteuerschuld verbundenen technischen Schwierigkeiten erscheinen grundsätzlich lösbar. Die finanzpolitische Kernfrage einer solchen Reform liegt indessen in der Behandlung der Steuerautonomie im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.

### Große Steuerkraftunterschiede

Nimmt man den Autonomiegedanken ernst, so sollte man den Länderanteil an der Einkommensteuer aus dem System des Länderfinanzausgleichs herausnehmen. Auf Grund der Steuerkraftunterschiede würde sich dies jedoch erheblich auf die Einnahmesituation der Länder auswirken. Einen Eindruck von den Größenordnungen dieser Auswirkungen geben Simulationen, die das ZEW auf Basis der tatsächlichen Aufkommenszahlen nach Zerlegung durchgeführt hat. Dabei wurde unterstellt, dass der Landesanteil der Einkommensteuer den Ländern nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens zusteht, ohne dass er in die Finanzkraftmesszahl des Länderfinanzausgleichs einbezogen wird. Jedes Land kann zudem einen Zuschlag zur beziehungsweise einen Abschlag von der Einkommensteuer beschließen, dessen Aufkommen ihm alleine zufließt. Im Diagramm sind die vom ZEW ermittelten Zuschläge zur Einkommensteuer abgebildet, mit denen die Länder ein Pro-Kopf-Aufkommen entspre-

### Steuerzuschläge für ein Aufkommen entsprechend Länderdurchschnitt



chend dem Durchschnitt aller Länder erzielen könnten. Wegen der Steuerkraftunterschiede der einzelnen Bundesländer variieren diese Sätze stark. So müssten die ostdeutschen Länder in der Regel Zuschläge von mehr als 50 Prozent erheben, um Einnahmen entsprechend dem Durchschnitt zu erzielen (siehe Grafik). Sie stünden damit vor der Wahl, durch hohe Zuschläge ihre eigene Wirtschaftsentwicklung zu gefährden oder bei den öffentlichen Leistungen erhebliche Abstriche zu machen. Bei den meisten westdeutschen Ländern wäre demgegenüber ein Abschlag von der Einkommensteuer möglich.

Im Prinzip könnten diese Unterschiede abgeschwächt werden, indem der Länderanteil an der Einkommensteuer in den horizontalen Finanzausgleich einbezogen wird. In Analogie zur Gewerbesteuer müssten bei der Ermittlung der Finanzkraft normierte Länderzuschläge Verwendung finden, da sonst jedes Land seinen Zuschlagssatz auf Kosten der Ländergesamtheit senken könnte. Dieses Verfahren beseitigt aber nicht die indirekten Anreizwirkungen des Finanzausgleichs. Da Unternehmen und Haushalte versuchen, der Besteuerung auszuweichen, führen Steuersatzerhöhungen da-

zu, dass die Steuerbasis kleiner wird. Der Finanzausgleich prämiert eine mangelnde Steuerkraft, so dass ein Teil dieser negativen Wirkung einer Hochsteuerpolitik auf die anderen Länder abgewälzt wird. Von der Einbeziehung der autonomen Landessteuer in den Finanzausgleich geht deshalb ein Anreiz aus, die Zuschlagssätze höher anzusetzen.

Insofern ist es eher sinnvoll, das Aufkommensgefälle gegenüber den ostdeutschen Ländern durch pauschale Zuweisungen auszugleichen. Dann bestünden in einer Steuerautonomie auch für die neuen Länder Chancen, indem sie durch die Wahl des Einkommensteuerzuschlags aktiv zu einer Verbesserung ihrer Standortbedingungen beitragen könnten.

Grundsätzlich erscheint eine Steuerautonomie der Länder nur dann sinnvoll, wenn nicht an der Vorgabe festgehalten wird, das Leistungsangebot der Länder müsse in ganz Deutschland in etwa gleich groß sein. Eine Kombination aus Steuerautonomie und Finanzausgleich birgt das Risiko, dass Deutschland noch mehr als bisher zu einem Hochsteuerland wird und seine Position im internationalen Steuerwettbewerb verschlechtert. ◀

Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de;  
PD Dr. Robert Schwager, schwager@zew.de

## ZEW-Forschungsergebnisse

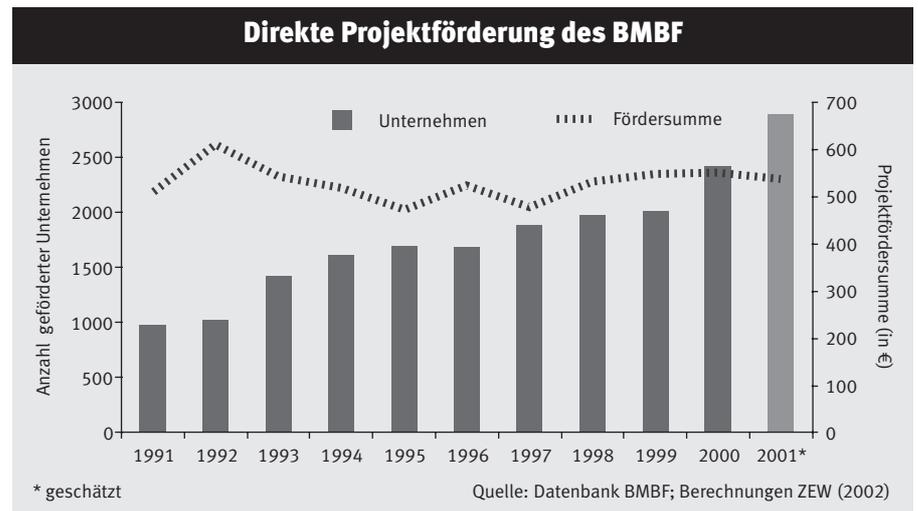
# Mehr Dynamik in der FuT-Förderung

Mit der staatlichen Förderung von Forschungs- und Innovationsprozessen soll Unternehmen geholfen werden, im internationalen Konkurrenzwettkampf zu bestehen. Während die Zahl der geförderten Firmen in den vergangenen Jahren rapide gestiegen ist, wurden die Fördermittel nur moderat aufgestockt. Eine ZEW-Studie untersucht die Hintergründe dieses Trends in der Forschungs- und Technologiepolitik (FuT-Politik).

■ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ist bis heute in allen Zweigen der Spitzentechnologie mit Förderbeträgen oder gezielten Initiativen vertreten. Allerdings haben sich die finanziellen Anteile der geförderten Technologien im Zeitverlauf verschoben. Der finanzielle Kraftakt der FuT-Politik, einzelnen Großprojekten – wie etwa der Kernenergie – zum Durchbruch zu verhelfen, hat im Zeitverlauf an Durchschlagskraft verloren. Heute sind es nicht mehr allein ressourcenstarke Großunternehmen, sondern zunehmend auch kleine und mittlere Firmen, deren Forschungsvorhaben gefördert werden. Seit 1992 ist die Zahl der Zuwendungsempfänger in der Wirtschaft deutlich gestiegen. Waren es Anfang der neunziger Jahre noch rund 1.000 Unternehmen, die vom Staat in der Spitzenforschung unterstützt wurden, so sind es Ende der neunziger Jahre bereits mehr als doppelt so viele. Dieser Trend ist ungebrochen und hat sich im Jahr 2000 nochmals verstärkt.

### Traditionelle Forschung und neue Technologien

In den traditionellen Forschungsfeldern wie etwa der Luft- und Raumfahrt ist die Markt- und Unternehmensdynamik vergleichsweise träge. Hier betreiben etablierte Unternehmen Forschung und Entwicklung, die im nationalen Wettbewerbsumfeld nahezu konkurrenzlos die Technologieführerschaft halten. Die Forschungsziele, Förderinhalte, Zuwendungsempfänger und die Beträge der bewilligten Projekte sind in diesen Förderbereichen in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben. Der Bund ist aber bemüht, die geförderten Unternehmen mit anderen Akteuren des Innovationssystems zu höheren Leistungen anzuregen oder sie untereinander zu vernetzen. Die Auswertungen zu den För-



derbeträgen zeigen, dass vielfach zwar die Spitzenbeträge der Förderung gekappt wurden, weiterhin aber alle Technologieführer staatliche Mittel erhalten. In der Konzentration der Fördermittel hat sich lediglich das Niveau in den Zuwendungsbeträgen verschoben. Die Forschungseinrichtungen der großen deutschen Industrieunternehmen sind immer noch die meistbegünstigten Fördermittelempfänger des Bundes.

Im Unterschied zu diesen traditionellen Technologiefeldern sind die so genannten neuen Technologien, wie etwa die IuK-Technologien, die Biotechnologie oder die Nanotechnologie, von einer hohen Dynamik geprägt. Von insgesamt 100 durch das BMBF geförderten Firmen sind 45 in den IuK- und Medientechnologien aktiv. Die neuen Technologien werden nicht mehr allein von Großunternehmen beherrscht, sondern verstärkt auch von kleinen und jungen Firmen. Auch die Förderbeträge passen sich der Marktentwicklung an. In der Biotechnologie sind die Fördermittel seit Beginn der Neunzigerjahre um 49 Prozent, in der Informations- und Fertigungstechnik um knapp 40 Prozent gestiegen. Hier geht es nicht mehr nur um industrielle Forschungspro-

jekte großer Dimension, sondern um den technologischen Fortschritt in kleineren, auch dienstleistungsorientierten FuE-Vorhaben. Um bei der Entwicklung neuer Technologien mitbestimmen zu können, muss der Staat viel breiter fördern, was das Technologiespektrum und die Adressaten angeht. Da die Technologieführer sich im Wettbewerb erst noch etablieren müssen, wird der Markt über eine breit angelegte FuE-Projektförderung stärker durchdrungen.

Die Auswertungen zeigen, dass diese Entwicklung nicht zuletzt durch die Einführung neuer Vergabeverfahren vorangetrieben wird, die gleichzeitig zu geringeren Zuwendungen pro Unternehmen führen. Bei den seit Jahren konstanten Gesamtausgaben von 500 bis 550 Millionen Euro wird heute in Wettbewerben wie BioRegio oder InnoRegio mehr Bereitschaft zu teilen und eine stärkere Kooperationsneigung vorausgesetzt. Die wachsende Zahl der Fördermittelempfänger unterstreicht damit zwar die staatlichen Bemühungen, möglichst viele Akteure in FuE-Netzwerke einzubinden, führt aber auch zu ordnungspolitischen Bedenken und Fragen zur Effizienz dieser Politik. ◀

Andreas Fier, fier@zew.de

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Kapitalgedeckte Altersvorsorge im internationalen Vergleich

Mit der 2002 in Kraft getretenen Förderung individueller Altersvorsorgeverträge und dem Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge wurde in Deutschland ein wichtiger Schritt in Richtung stärkerer Kapitaldeckung des Altersvorsorgesystems getan. Gleichwohl kann die Diskussion um die staatlich geförderte Altersvorsorge nicht als abgeschlossen gelten. Um Ansatzpunkte für weitergehende Reformen zu erhalten, hat das ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine internationale Umfrage zur kapitalgedeckten Zusatzvorsorge durchgeführt.

■ Für die Studie wurden Rentenexperten aus Australien, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und den USA befragt. Im Mittelpunkt standen die institutionelle Ausgestaltung der betrieblichen beziehungsweise privaten Altersvorsorge und die staatlichen Sparanreize.

Die Ergebnisse zeigen, dass die öffentliche Säule der Alterssicherung in allen Ländern insbesondere bei höheren Einkommen lediglich eine Grundsiche-

kommen gleichzeitig die Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsabgaben, die im Rentenalter entfallen, so dass ein zusätzlicher Sparanreiz für Niedrigverdiener wirksam wird. In Großbritannien erhalten Vorsorgesparer einen Sozialversicherungsrabatt, wenn sie aus der öffentlichen Altersvorsorge austreten (Contracting out). Die Unverfallbarkeitsfristen für betriebliche Ansprüche sind meist kürzer als in Deutschland, einzige Ausnahme sind die USA.

Abweichend von der Ausgestaltung der deutschen Reform sind in einigen Ländern (partielle) Kapitalauszahlungen anstelle der Verrentung von betrieblichen Ansprüchen möglich, die in den USA und in Großbritannien sogar steuerlich bevorzugt werden. Rigide Anlagevorschriften, die die Risiken der Kapitalanlage verringern, finden sich nur in der Schweiz. Üblicherweise unterliegen die Anbieter von Altersvorsorgeprodukten lediglich allgemeinen Sorgfaltspflichten für die Kapitalanlage. Um das Versorgungsniveau langfristig zu gewährleisten, werden die Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge allerdings häufig an Preis- und Lohnsteigerungen angepasst.

### Gute Diversifikation der Vorsorgerisiken

Im Gesamturteil heben die Experten die gute Diversifikation der Vorsorgerisiken durch ihre Verteilung auf die öffentliche und die betriebliche Säule hervor. Sie kritisieren die Komplexität der Systeme (Großbritannien, Schweiz), die ungenügende Sicherung von Geringverdienenden (USA), die Rigidität von Anlagevorschriften (Schweiz) und den geringen Wettbewerbsgrad im System der betrieblichen Vorsorge (Niederlande). In besonders freiheitlich ausgestalteten Systemen üben die Experten Kritik an der Wahlfreiheit unter zu vielen Anlageformen (beispielsweise USA, Schweden) und einem zu hohen Grad an Freiwilligkeit (USA).

Die Expertenbeiträge und die zusammenfassende Auswertung des ZEW können unter [www.vorsorgestudien.de](http://www.vorsorgestudien.de) im Internet abgerufen werden. ◀

Dr. Peter Westerheide, [westerheide@zew.de](mailto:westerheide@zew.de)



rung gewährleistet. Zusätzliche Vorsorge ist daher zur Sicherung des Lebensstandards zwingend erforderlich. In allen Ländern spielt die betriebliche Altersvorsorge eine wesentliche Rolle: Mit wenigen Ausnahmen (USA, Kanada) ist die Mitgliedschaft in betrieblichen Altersvorsorgesystemen gesetzlich verpflichtend oder tarifvertraglich vorgeschrieben. Darüber hinaus werden üblicherweise private Vorsorgeersparnisse gefördert.

Wichtigster Sparanreiz ist fast immer die nachgelagerte Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen. In den Niederlanden ist das zu versteuernde Ein-

Interessante Gestaltungsmöglichkeiten im Detail zeigt das kanadische Modell auf, das eine außergewöhnliche Flexibilität besitzt. So können ungenutzte Steuerabzugsmöglichkeiten unbegrenzt in die Zukunft vorgetragen werden. Altersvorsorgebeiträge, die die Abzugsmöglichkeiten eines Jahres übersteigen, können in künftigen Veranlagungszeiträumen steuerlich geltend gemacht werden. Darüber hinaus werden in Kanada besondere informatorische Anreize gesetzt, indem die Finanzbehörden jährlich auf die individuell bestehenden Fördermöglichkeiten hinweisen.

## ZEW-Konferenz

### Industrieökonomik und Inputmärkte

■ Im Dezember 2001 richtete das ZEW zum dritten Mal gemeinsam mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Konferenz im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms Industrieökonomik und Inputmärkte aus. Die Veranstaltung, die den Abschluss des Schwerpunktprogramms bildete, bot den Teilnehmern Gelegenheit, aktuelle Forschungsergebnisse aus Theorie und Empirie der Industrie- und Arbeitsmarktökonomik zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz sowie die Organisatoren Prof. Dietmar Harhoff, Universität München, und Prof. Fitzenberger, Universität Mannheim, stellte zunächst Dr. Holger Meinhardt, Universität Karlsruhe, eine Studie vor, die eine theoretische Begründung für die empirisch beobachtbare Stabilität von Kartellen liefert.

Der Vortrag von Prof. Konrad Stahl, Universität Mannheim, befasste sich mit theoretischen Überlegungen zu den Verhandlungen bei Fusionen von Firmen.

Die von Dr. Walter Elberfeld, Universität zu Köln, vorgestellte theoretische Arbeit untersuchte die Problematik der Kostenminimierung von Unternehmen unter bestimmten Bedingungen.

Prof. Colin Mayer, Oxford University, präsentierte Ergebnisse eines länderübergreifenden empirischen Vergleichs der Venture-Capital-Industrien von Deutschland, Israel, Japan und dem Vereinigten Königreich. Zwar können länderspezifische institutionelle Faktoren nur einen geringen Teil der Unterschiede in den Aktivitäten von Venture-Capital-Gesellschaften zwischen den Ländern erklären. Die Aktivitäten dieser Venture-Capital-Gesellschaften sind jedoch stark durch die Herkunft ihrer Finanzmittel bestimmt.

Prof. Caroline Fohlin, California Institute of Technology, legte anhand empirischer Ergebnisse zur Unternehmensfinanzierung in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg dar, dass der Einfluss der Banken auf die Industrie durch formalisierte Bankbeziehungen während dieser Zeit im Allgemeinen überschätzt wird.

Inwieweit sich die Regulierung des Arbeitsmarkts auf die Beschäftigung auswirkt, war Thema des Vortrags von Prof.

John Addison, University of Carolina. Er belegte anhand empirischer Studien, dass sich Arbeitnehmerschutzrechte zwar insgesamt negativ auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung auswirken, dass sich jedoch die Beschäftigungswirkungen für verschiedene Arbeitnehmergruppen unterscheiden.

Prof. Bob Hart, University of Stirling, referierte über die Bedeutung von Arbeitsverträgen, die eine fixe Stundenzahl für den Zeitraum von einem Jahr vorsehen. Die Verbreitung derartiger Verträge

verschiedenen Arbeitnehmergruppen. Auf aggregiertem Niveau führen Lohnstarrheiten zu einem geringeren Beschäftigungswachstum.

Anhand seiner empirischen Ergebnisse mit gekoppelten Firmen-Arbeitnehmer-Daten zeigte Prof. Francis Kramarz, CREST-INSEE Paris, dass Lohndifferenziale zwischen verschiedenen Branchen sowohl in den USA als auch in Frankreich ähnliche Ursachen haben.

Ebenfalls unter Verwendung gekoppelter Firmen-Arbeitnehmer-Daten stellte



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ZEW-Konferenz „Industrieökonomik und Inputmärkte“.

wird nach Ansicht von Hart gering bleiben, da eine Reihe von Nachteilen für Unternehmen damit verbunden ist und der potenzielle Nutzen daraus nur einzelnen Industrien vorbehalten bleibt.

Rüdiger Wapler, Universität Tübingen, stellte ein theoretisches Modell vor, welches erklären kann, warum trotz eines steigenden Angebots an hoch qualifizierten Arbeitskräften die Lohnspreizung zwischen hoch und niedrig qualifizierten Arbeitskräften in den Industrieländern zugenommen hat.

Welche Rolle Lohnstarrheiten auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt spielen und welche Folgen sie haben, stellte Dr. Friedhelm Pfeiffer, ZEW, mittels empirischer Analysen dar. Er zeigte, dass Lohnstarrheiten in Westdeutschland eine große Rolle spielen und größtenteils ein Resultat zentraler Lohnverhandlungen sind. Es bestehen jedoch Unterschiede zwischen

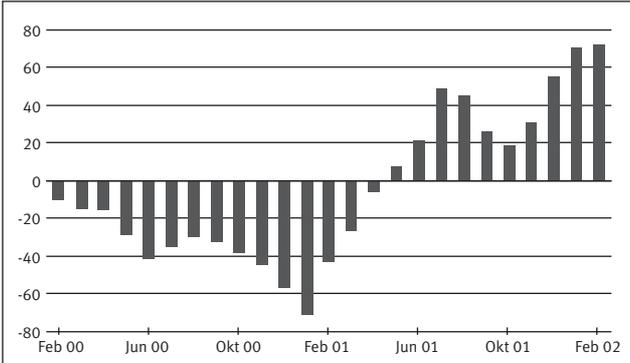
Prof. Gerard van den Berg, Free University of Amsterdam, empirische Ergebnisse für die Niederlande vor, die die in der Arbeitsmarktökonomik weit verbreitete Ansicht einer negativen Korrelation zwischen dem Ausmaß an Suchhemmnissen und der Höhe des Lohnes auf dem Arbeitsmarkt nicht bestätigen.

Der Beitrag von Dr. Anke Kessler, Universität Bonn, befasste sich im Rahmen eines theoretischen Modells mit den Anreizen für Firmen, ihren Arbeitnehmern Fortbildungen anzubieten. Zentrales Ergebnis ist, dass, obwohl Fortbildung bei einem Wechsel des Arbeitnehmers einen Verlust für die verlassene Firma darstellen, Firmen allgemeine Fortbildungsmaßnahmen anbieten. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn sie ihren Arbeitnehmern gleichzeitig auch firmenspezifische Fortbildungsmöglichkeiten bieten. ◀

Information: Timm Körting, koerting@zew.de

## Daten und Fakten

### ZEW-Finanzmarkttest im Februar: Erwartungen für die USA stabilisieren sich

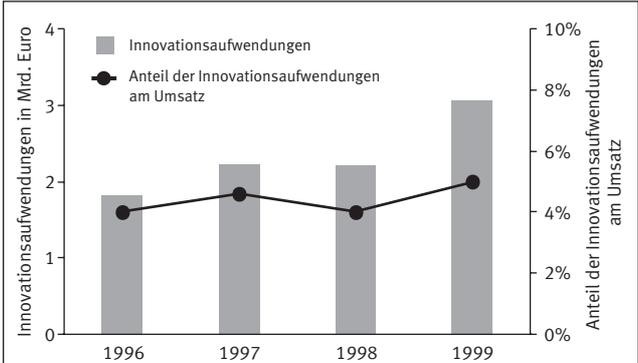


Quelle: \*Thomson Financial Datastream; ZEW

Die Erwartungen der befragten Analysten bezüglich der US-amerikanischen Konjunktur haben sich im Februar 2002 weiter stabilisiert. Gut drei Viertel von ihnen rechnen mit einer Verbesserung in den nächsten sechs Monaten. Die Einschätzungen geben somit keinen Hinweis darauf, dass die Erholung lediglich kurzfristiger Natur ist und ein zweiter Konjunkturerbruch folgen wird. Die Gefahr für ein solches Szenario scheint in den USA allerdings durchaus vorhanden, weil eine Schwäche beim Konsum aufgrund der hohen privaten Verschuldung nicht auszuschließen ist. Auch wurden kaum Konsumausgaben zurückgestellt, eher im Gegenteil.

Martin Schüler, [schueler@zew.de](mailto:schueler@zew.de)

### EDV und Telekommunikation: Innovationsaufwendungen erreichen Höchststand

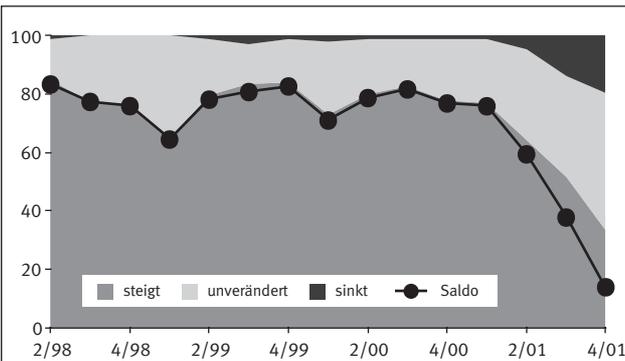


Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

Die EDV- und Telekommunikationsdienstleister erhöhten ihre Innovationsaufwendungen im Jahr 1999 um fast 40 Prozent auf mehr als drei Milliarden Euro. Die Innovationsaufwendungen stiegen dabei deutlich stärker als der Umsatz. Entsprechend erhöhte sich der Anteil des Umsatzes, der für Innovationsaktivitäten aufgewendet wurde, von vier auf fünf Prozent. Damit belegt die EDV- und Telekommunikationsbranche bei den Dienstleistern den ersten Rang. Die Unternehmen der Branche planten Mitte des Jahres 1999, ihre Innovationsaufwendungen im Jahr 2000 noch einmal zu steigern, und zwar auf schätzungsweise 3,5 Milliarden Euro.

Tobias Schmidt, [schmidt@zew.de](mailto:schmidt@zew.de)

### 2001 war auch für die nationalen KEP\*-Märkte ernüchternd



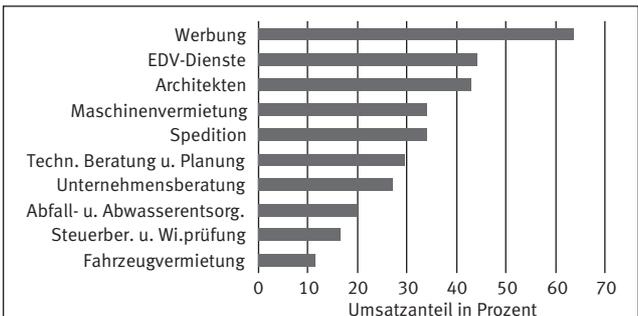
\* Kurier-, Express- und Paketdienste

Quelle: ZEW

In den vergangenen Jahren rechnete mit 65 bis 85 Prozent die deutliche Mehrheit der Experten des German Parcel TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW bei den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) mit steigenden Transportaufkommen. Im Jahr 2001 zeichnete sich allerdings eine gewisse Skepsis ab. Zwar überwiegt immer noch per Saldo die Anzahl der Experten, die mit steigenden Aufkommen rechnen. Allerdings ist der Saldo vom ersten bis zum vierten Quartal 2001 um mehr als das Fünffache gesunken. Ein Ende des Abwärtstrends scheint jedoch in Sicht: Die Erwartungen für das erste Quartal 2002 sind optimistischer.

Georg Bühler, [buehler@zew.de](mailto:buehler@zew.de)

### Unternehmensnahe Dienstleister: Flache Hierarchien werden wichtiger



Lesehilfe: 64 Prozent des Umsatzes der Werbebranche erwirtschaften Unternehmen mit flacher Hierarchie.

Quelle: ZEW; Creditreform

Aufgrund der verhaltenen Konjunktorentwicklung erachten es die unternehmensnahen Dienstleister zunehmend für wichtig, ihre Geschäftsabläufe zu optimieren und damit ihre Kosten zu reduzieren. So haben zum Beispiel viele Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs ihre internen Prozesse effizienter gestaltet, indem sie hierarchiestufen abgebaut haben. Der Umsatzanteil der unternehmensnahen Dienstleister, die angeben, 2001 ihre Hierarchie abgeflacht zu haben, beträgt mehr als 32 Prozent. Während der Umsatzanteil der Unternehmen mit flacher Hierarchie in Westdeutschland etwa ein Drittel beträgt, liegt dieser Wert für Ostdeutschland bei knapp 20 Prozent.

Margit Vanberg, [vanberg@zew.de](mailto:vanberg@zew.de)



# standpunkt

## Vermittlung

**E**in Schuft, wer Böses dabei denkt: Kurz bevor neue Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt in Form von fast 4,3 Millionen Arbeitslosen veröffentlicht wurden, schlug die Meldung von unzuverlässigen Vermittlungsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wie eine Bombe ein. Angriff war schon immer die beste Verteidigung, jedenfalls schien der Sündenbock gefunden, so als ob es der BA obläge, für einen zufriedenstellenden Beschäftigungsstand Sorge zu tragen. Weit gefehlt.

Zur Klärung der Gemengelage empfiehlt es sich zunächst, Manipulationen und Interpretationsspielräume zu unterscheiden. Wenn tatsächlich in den Arbeitsämtern vorsätzlich Statistiken manipuliert wurden, um Vermittlungserfolge vorzutäuschen, womöglich noch mit (stillschweigender) Billigung der Leitungsebene, dann muss dies geahndet und für die Zukunft so gut wie möglich verhindert werden.

Anders verhält es sich mit dem Interpretationsspielraum, den der Begriff „Vermittlung“ bietet: „Die Vermittlung umfasst alle Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind, Ausbildungssuchende mit Arbeitgebern zur Begründung eines Ausbildungsverhältnisses und Arbeitssuchende mit Arbeitgebern zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses zusammenzuführen.“ (§ 35 Abs.1 Sozialgesetzbuch, Drittes Buch). Liegt eine Vermittlung nur dann vor, wenn ein Arbeitsloser eine dem Arbeitsamt gemeldete offene Stelle besetzt? Oder darf das Arbeitsamt auch dann einen Vermittlungserfolg buchen, wenn der Arbeitslose nach einer ihm vom Arbeitsamt angeratenen und finanzierten Weiterbildungsmaßnahme, nunmehr mit einer höheren beruflichen Qualifikation versehen, selbst einen Arbeitsplatz sucht – was allenthalben und zu Recht von ihm gefordert wird – und findet? Wie ist es, wenn Arbeitslose über von den Arbeitsämtern mit viel Mühe aufbereitete Internetseiten eine Arbeitsstelle aufspüren? Gewiss: Strittig mag im Einzelfall das Ausmaß der Erfolgsbeteiligung sein. Aber: Von den Vermittlern zu verlangen, jeglichen Anteil am positiven Vermittlungsergebnis in Abrede zu stellen, davor sollten sich

gerade diejenigen hüten, die ansonsten nicht gerade zimperlich sind, wenn es darum geht, angeblich eigene Erfolge ins rechte Licht zu rücken.

Die Arbeitsämter vor überzogener Kritik in Schutz zu nehmen, heißt nicht, die Reformbedürftigkeit der BA zu bezweifeln, obwohl die Schwierigkeiten, eine solche Mammutbehörde zu modernisieren, klar sein sollten. Ist der Vorschlag abwegig, bei der Reform der BA bei den obersten Leitungsgremien anzusetzen, indem anstelle des Triumvirats aus Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die sich in der Regel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können, ein funktionstüchtiger Aufsichtsrat und effizient agierender Vorstand unter Einbeziehung des Präsidenten etabliert werden? Des Weiteren sollten von den Arbeitsämtern keine Wunder verlangt werden. Unbesetzte Arbeitsplätze, die ihnen nicht zur Kenntnis gebracht werden, können sie schwerlich mit Arbeitslosen besetzen. Zu bedenken ist zudem, dass knapp die Hälfte der Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Gesundheitliche Einschränkungen und fortgeschrittenes Alter behindern ebenfalls den Vermittlungserfolg. Arbeitsunwilligkeit seitens des Arbeitslosen gerichtsfähig nachzuweisen, stellt für den Vermittler eine nahezu unlösbare Anforderung dar.

Schließlich: Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der BA. Hier sind die Tarifvertragsparteien und der Gesetzgeber in der Verantwortung, der sie mit einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik beziehungsweise mit Reformen des Regelwerks im Bereich des Arbeitsmarkts, der Besteuerung und der Systeme der sozialen Sicherung gerecht werden müssen.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher